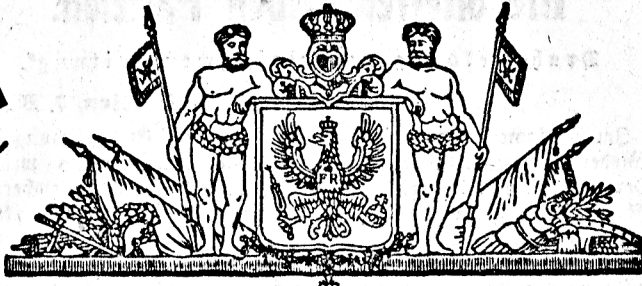


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

**Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. **★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★** Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Französische Angriffe an der Somme gescheitert.

### Minister Szterenyi über das Bündnis.

Drahtmeldung unseres Berichterstatters

Dr. Michael Veres.

\* Budapest, 7. Mai.

Handelsminister Josef Szterenyi, den der König vor einigen Wochen zum ungarischen Ministerpräsidenten designiert hatte, machte heute in einer Unterredung mit mir bemerkenswerte Mitteilungen über die innere Veranlassung seiner Betrauung, über seine Stellung zur Krone und über das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Deutschland. Vor ungewöhnlichem Interesse in diesen Mitteilungen sind die Stellen aus seiner Unterredung, die er seinerzeit mit Kaiser Karl hatte. Minister Szterenyi sagte mir:

„In der letzten Zeit sind in der Presse Gerüchte über eine mögliche Lockerung des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie verbreitet gewesen. Sie wurden mit dem entstellten Brief des Kaisers an den Prinzen Sigis von Parma in Verbindung gebracht. Aus diesem Briefe sind ganz falsche Schlüsse gezogen worden.

Ich bin in der angenehmen Lage, die reichsdeutsche Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse unterrichten zu können. Was vorerst die öffentliche Stimmung in Ungarn anbelangt, so ist sie, wenn sie auch — es soll nicht geleugnet werden — durch manche Umstände manchmal zeitweilig getrübt wurde (ich weise hier insbesondere auf wirtschaftliche Momente hin), nach wie vor absolut gesund. Mit Ausnahme jener an Zahl geringen Kreise, die auch früher nicht deutschfreundlich waren — es ist die bekannte kleine Partei —, ist die ganze ungarische öffentliche Meinung nicht nur für die Aufrechterhaltung, sondern für eine Vertiefung des politischen Bündnisses mit dem Deutschen Reich, das als ein Kardinalpunkt unserer auswärtigen Politik betrachtet wird. Im ungarischen Reichstage, im Abgeordnetenhaus wie im Magnatenhaus sind es nur vereinzelte Stimmen, die anderer Ansicht sind.

Was den anderen Faktor der Gesetzgebung, die Krone, anbelangt — und das dürfte in Deutschland nicht minder beruhigend wirken —, so hatte ich erst jüngst Gelegenheit, mit Seiner Majestät anlässlich meiner Designierung zum ungarischen Ministerpräsidenten eingehend über die auswärtige Politik der Monarchie zu sprechen. Und obwohl es nicht gebräuchlich ist, Gespräche dieser Art der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, glaube ich in diesem Augenblick angesichts der Ausstreunungen unserer Feinde eine Ausnahme machen zu dürfen. Der Kaiser betonte, daß der Angelpunkt der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns das unentwegte Festhalten an dem Bündnisse sein müsse. Bei der Wahl seines Ministers des Aeußeren, des Nachfolgers des bündnisfreundlichen Grafen Czernin, fiel seine Entscheidung auf Baron Burian unter anderem eben deshalb, weil er seiner Bündnistreue gewiß ist. Eine seiner Ursachen, weshalb meine Berufung geschah, war unter anderem für Seine Majestät meine bekannte deutschfreundliche Politik. So ist es in Wirklichkeit um die feindlichen Ausstreunungen bestellt, daß Oesterreich-Ungarn oder sein Monarch für eine Lockerung des Bündnisses zu haben wäre. Die allernächste Zeit wird übrigens in dieser Richtung auch Tatsachen zeitigen.

Auch das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn muß im Zeichen des Bündnisses vertieft werden. Voraussichtlich werden die demnächst in Fluss kommenden Verhandlungen wieder einen schlagenden Beweis dafür liefern, daß wir auch die wirtschaftlichen Beziehungen im bundesfreundlichen Sinne erlebigen wollen und hoffentlich werden.“

„Ihre Mission in der ungarischen inneren Politik scheinen Ergebnisse nummehr beendet zu haben?“

„Ich möchte mich nicht darüber äußern. Meine Mission war aber, glaube ich, nicht nutzlos, denn sie hat die Plattform geschaffen: die Verständigung in der Wahlrechtsfrage. Es wäre mir, dem Wirtschaftspolitiker, kein besonderes Vergnügen gewesen, auch die harten Pflichten des Kabinettschefs erfüllen zu müssen, um so größer war meine Freude, daß sich der hervorragende ungarische Politiker, Altminister Weyerle, an dessen Seite ich seit einem Vierteljahrhundert auf wirtschaftlichem Gebiete arbeite, dazu bewegen ließ, die Führung wieder zu übernehmen. An seiner Seite werde ich weiter als einfacher Minister für Handelsachen tätig sein. Weyerle ist in Deutschland bekannt. Er ist Anhänger des Annäherungsgebankens an Deutschland ebenso wie ich. Wir haben Jahre hindurch in diesem Sinne gearbeitet.“

\* Bern, 7. Mai.

Im englischen Unterhause werden fast in jeder Sitzung von der pazifistischen Gruppe Anfragen gestellt über die Aufnahme des Briefes Kaiser Karls durch die französische und eng-

lische Regierung, beziehungsweise durch diejenigen französischen und englischen Staatsmänner, die davon überhaupt keine Kenntnis erhalten haben. Bis jetzt ist es nicht gelungen, irgendwelche Antwort zu erlangen. Durch Valour wurde eine baldige Erklärung der Regierung in Aussicht gestellt.

### Der Bericht des Hauptquartiers.

Großes Hauptquartier, 8. Mai.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich vom Neutpoort-Kanal nahmen wir bei erfolgreicher Erkundung Belgier gefangen. Auf dem Schlachtfelde in Flandern und an der Ys lebte der Artilleriekampf am Rummel, bei und westlich von Bailleul auf.

In Vorseldkämpfen auf dem Schlachtfelde an der Somme wurden Engländer und Franzosen gefangen. Weiberseits der Straße Corbie-Bray griff der Feind nach starker Minenvorbereitung erfolglos an. Bereitstellungen wurden durch unser Feuer wirkungsvoll gestoppt. Bei einem in der Nacht südlich von der Straße wiederholten Angriff warfen wir den Feind im Gegenstoß zurück. Starke Feuerstätigkeit hieltz am Luce-Bach und auf dem Westufer der Aisne an.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### 16 000 Tonnen versenkt.

Ämtliche Meldung.

Berlin, 7. Mai.

Eines unserer Unterseeboote unter der bewährten Führung des Kapitänleutnants Viebeg hat im Aermelkanal fünf bewaffnete, tiefbeladene Dampfer mit zusammen 16 000 Br.-Neg.-T. versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### 7 englische Unterseeboote in Finnland vernichtet.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 8. Mai.

Die endgültige Feststellung der seetriergerischen Erfolge der deutschen Finnland-Unternehmung hat ergeben, daß insgesamt sieben englische Unterseeboote infolge des Eingreifens der deutschen Seestreitkräfte vernichtet worden sind.

### Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Der im heutigen Morgenblatt auszugsweise wiedergegebene Friedensvertrag des Vierbundes mit Rumänien wird jetzt in vollem Umfang bekanntgegeben. Wir veröffentlichen den Wortlaut des Vertrages in der Beilage.

### Besuch Kühlmanns in Sofia.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Sofia, 8. Mai.

Die Nachricht von dem Friedensschluß mit Rumänien ist in Sofia mit zufriedener Erleichterung aufgenommen worden. Wenn auch die Öffentlichkeit politisch reisendend einsteht, daß zur Zeit die restlose Lösung aller Balkanfragen nicht möglich ist, so kann man doch nicht sagen, daß der gesunde Ausweg die bulgarische Öffentlichkeit besonders begeistere. Für Bulgarien ist damit ein wichtiger Abschnitt seines Befreiungskrieges vorteilhaft beendet. Morgen früh werden aus Bukarest latifsekretär Kühlmann und Gesandter von Rosenberg hier erwartet. Beide Diplomaten sind zu Mittag zur königlichen Tafel geladen. Diese Ehrung erscheint am Abschluß einer so wichtigen Periode wie der ultarester Tagung mehr als ein einfacher höfischer Brauch.

### Der Umsturz in der Ukraine.

Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters

Eugen Lennhoff.

Odessa, Anfang Mai.

Der glatte Verlauf der ukrainischen Bewegung hat deutlich gezeigt, wie gering die Anhängerschaft der gestürzten Rada im Lande war. Schon der erste Umsturz in Odessa Mitte Januar, der die Bolschewiki ans Ruder brachte, hatte dort wenig Betrübnis hervorgerufen, und erst der Terror, den die maximalistischen Matrosen der Schwarzen-See-Flotte ausübten, ließ den Wunsch nach einer neuerlichen Wenderung der Verhältnisse und nach dem Einmarsch verbündeter Truppen rege werden. Der Rada wurde damals vorgeworfen, daß sie im alten Schlandrian fortjahre und an Stelle der Intolreanz des Parentums Weinrussische Intolreanz setze. Auch verblie man ihr, daß sie bei ihrem Projekte der völkischen Selbstverwaltung zwar Weißrussen, Moldauer, Lataren, Juden, ja selbst Wscheden, berücksichtigen, nicht aber die Großrussen und die zahlreichen sehr tätigen deutschen Kolonisten. Aufregung rief an manchen Orten auch der Versuch hervor, unter allen Umständen die ukrainische Sprache einzuführen. In Odessa lehnte man rundweg ab, sich ihrer zu bedienen. Nachdem anfänglich die amtlichen Rundmachungen in Weinrussischer Sprache erschienen waren, trat an ihre Stelle bald wieder das Russische. Auch die Presse weigerte sich, die sprachlichen Befehle der Rada zu befolgen.

Das rasche Erbe der jetzt gestürzten Rada aber wurde von allen politisch informierten Kreisen unmittelbar nach dem Erlaß des ukrainischen Landesgesetzes prophezeit, das nun durch die Beschlüsse des Bauernkongresses so völlig umgestoßen wurde. Die überwiegende Mehrheit der nicht sozialrevolutionär gesinnten Blätter nahm dieses Gesetz, das von der Rada erst Ende März den Landkomitees übermittelt wurde, mit Hohn auf. Selbst die vorfichtigen Odessaer deutschen Zeitungen nannten den Erlaß eine Kuriosität, kein Gesetz. Der Annahme durch die Rada gingen sehr lebhaft Debatten voraus. Schon vorher war auf der Basis des dritten Universal von dem sozialdemokratischen Ministerium Winitshenko ein Agrargesetzentwurf vorgelegt worden. Dieser fand aber keine Gnade und brachte das Ministerium zu Fall. Die Regierung Golubowitsch arbeitete dann das neue Landesgesetz aus, das von der Rada gutgeheißen wurde. Bemerkenswert an diesem Gesetz ist namentlich der Umstand, daß es unendlich viel weiter geht als die in dem dritten Universal feierlich festgesetzten Grundsätze. Das Universal sprach die Aufhebung des Eigentumsrechtes nur an solchen Ländereien aus, die durch gemietete Arbeitskräfte bewirtschaftet wurden. Alle anderen sogenannten Arbeitswirtschaften sollten Eigentum ihrer Besitzer bleiben. Von der Enteignung sollten auch die im Besitze von Kommunen befindlichen Ländereien, desgleichen die zu Villen, Fabriken usw. gehörenden Landstücke, Gemüsegärten ausgenommen sein.

Ganz anders das Agrargesetz. Es hob vorbehaltlos jegliches Eigentumsrecht an allen Ländereien auf, ohne Rücksicht auf Größe und Besitzer. Es wurde also nicht nur der Großgrundbesitz verstaatlicht, sondern auch öffentliches Bauernanteiland, nicht nur Land, das mit Hilfe von Mietkräften bebaut, sondern auch solches, das mit eigener Kraft bewirtschaftet wurde. Auch städtischer Grundbesitz und Fabrikeigentum wurde ohne jede Entschädigung als Eigentum der ukrainischen Volksrepublik erklärt und den Organen der städtischen Selbstverwaltung, den Dorfgemeinden und den Landkomitees zur Arbeitsausniefung übergeben. Ausnahmen galten nur in sehr beschränktem Umfang für Besitzer von Gärten, Weinbergen und Hopfenanlagen, soweit sie ihre Grundstücke mit eigenen Händen bearbeiten konnten. Gleichzeitig mit dem Land wurde auch das tote und lebende Inventar samt den Gebäuden „nationalisiert“, mit Ausnahme dessen, was den Besitzern zum Lebensunterhalt, zur privaten Arbeitswirtschaft beziehungsweise zur kommerziellen und industriellen Unternehmungen unumgänglich notwendig war. Die gleichen Prinzipien sollten für den Hausbesitz und für die Städte gelten. Es kam aber nicht zur Durchführung dieser Maßregeln.

In Odessa war der Widerstand gegen die Verfügungen der Rada von Anfang an sehr groß. Hatte die städtische Selbstverwaltung von Odessa es abgelehnt, im Sinne der Kiwer Zentralregierung zu wirtschaften, so hielten sich auch große Interessengruppen nicht an deren Weisungen. Das mußte naturgemäß zu einem Chaos im Wirtschaftsleben führen. Am fühlbarsten zeigte sich dies im Bank- und Geldwesen, das ohnehin schon recht eigentliche anarchische Zustände aufwies. Beispielsweise löst seit Mitte April die Odessaer